

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich 1 M. 50 Pf., in Deutschland 6 M.
Jahrespreis 5 M. 50 Pf., in Deutschland 12 M.
Einzeln: die Beilage oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Einzeln: die Beilage oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Neue Prüfungs-Vorschriften für den Staatsdienst im Bauwesen.

Unter dem 15. April d. J. hat der Minister der öffentlichen Arbeiten seine Vorschriften über die Ausbildung und Prüfung für den Staatsdienst im Bauwesen erlassen, die namentlich im Druck erschienen sind. Der Umstand, daß kein Gebiet der preussischen Staatsverwaltung im Laufe der letzten Jahrzehnte eine so bedeutende Erweiterung und Vermehrung seiner Wirksamkeit im Allgemeinen und der ihm dienbaren Wissenschaften im Besonderen erfahren hat, wie das Bauwesen, macht es, wie das „Zentralblatt der Bauverwaltung“ in einer Besprechung der neuen Prüfungs-Vorschriften ausführt, erklärlich, daß hier Umgestaltungen der allgemeinen Einrichtungen, einschließlich des Prüfungswezens, häufiger notwendig geworden sind, als in den übrigen Gebieten. Durch die Prüfungs-Vorschriften vom 6. Juli 1883 war eine Teilung der Prüfungen für den Staatsdienst in drei Fächer, dem Hochbau, dem Ingenieurbau und dem Maschinenbau, mit welcher Teilung der Bauwesen in Sondergebiete notwendig gemacht, so daß nach den neuen Prüfungs-Vorschriften nunmehr die Ausbildung und Prüfung im Ingenieurbauwesen nach zwei Richtungen, der des Wasserbaues und der des Eisenbahnbaues, stattzufinden hat. Indessen brauchen die Studierenden des Ingenieurbaues sich erst nach dem Bestehen der ersten Hauptprüfung endgültig darüber zu entscheiden, ob sie sich fernerhin dem Wasserbau oder dem Eisenbahnbau zuwenden wollen.

In den beiden ersten Prüfungen sind Anforderungen von weitergehender Bedeutung überhaupt nicht eingetreten. Für die Vorprüfung sind die Anforderungen in der Mechanik schärfer umgrenzt und bestimmter als bisher angegeben, während im Abschnitt „Reine Mathematik“ die besondere Prüfung in der Algebra und Trigonometrie in Fortfall gebracht ist. In der ersten Hauptprüfung werden für das Ingenieurbaufach bereits einige Kenntnisse über elektrische Anlagen verlangt, für das Maschinenbaufach ist ein besonderer Abschnitt „Elektromechanik“ hinzugefügt. Um zur rechtzeitigen Übung der Fertigkeit im Skizzieren, worauf besonderer Wert gelegt werden wird, anzuregen, wird in den Bestimmungen über die für die Vorprüfung und die erste Hauptprüfung auszureichenden Zeichnungen die Vorlage von Handzeichnungen besonders verlangt. Bei der zweiten Hauptprüfung tritt die Trennung des Wasserbaues vom Eisenbahnbau schon in Bezug auf die häuslichen Probenarbeiten und auf die Klausurarbeiten dadurch in die Erscheinung, daß die betreffenden Aufgaben ganz oder doch vorwiegend aus der entsprechenden Fachrichtung entnommen werden sollen. Für die mündliche Prüfung sind im Hochbau die Anforderungen nur in Bezug auf elektrische Anlagen erweitert worden. Für die mündliche Prüfung im Wasserbau wird im Vergleich mit den bisherigen Vorschriften ein erheblich geringeres Maß von Kenntnissen im Eisenbahnwesen als früher, dagegen ein größeres Maß derselben im Schiffbau und den elektrischen Einrichtungen verlangt. Umgekehrt sind für die mündliche Prüfung im Eisenbahnbau die Anforderungen in Bezug auf das Sondergebiet, insbesondere auch auf das Elektrifizierungs-, erhöht und die Anforderungen durch einen entsprechenden Nachlaß in den Kenntnissen des Wasserbaues ausgeglichen worden. Beim Maschinenbau endlich fällt bisherige Prüfung im Schiffbau, mit Ausschluß der Baggar und Trajekte, fort, wogegen der Elektromechanik eine wesentlich erhöhte Bedeutung beigelegt ist.

Deutschland.

Berlin, 8. Mai. Der Kaiser nahm gestern auf dem Tempelhofer Felde nach Besichtigung des 2. Garde-Regiments zu Fuß Gelegenheit, auf die hohen Verdienste, welche sich Generaloberst von Pape um die Armee erworben, hinzuweisen. Das Begräbnis wird am Freitag Nachmittag um 4 Uhr mit den militärischen Ehren, welche einem Generaloberst zufließen, stattfinden.

Die „Berl. Korresp.“ schreibt: „Der „Hamburger Korresp.“ hat am 3. d. M. Abends eine Notiz aus Berlin gebracht, daß der Staatsanwalt neuerlich Ermittlungen über die bei dem Hoch auf Seine Majestät den Kaiser im Reichstage am 6. Dezember fälligen gebliebenen Sozialdemokraten veranlaßt hätte. Diese in mehreren anderen Blättern übergegangene Nachricht entbehrt der Begründung.“

Die national-liberale Fraktion des Reichstags hat ihre Beratungen über den Kommissionsbericht zur Umwälzung der Eisenbahnen beendet. Die „Nat.-Lib. Korresp.“ schreibt darüber:

„Es bedarf kaum nochmals der besonderen Erwähnung, daß die Vorlage, so wie sie aus der Kommission hervorgegangen ist, allen Mitgliedern der Fraktion gleichermäßen unannehmbar erscheint. Aber nach Lage der Dinge mußte auch die Erwartung ausgehen, daß der umgestaltete Entwurf derart revidiert zu werden, daß er brauchbare und annehmbare Mittel zur Abwehr der Umwälzungsbestrebungen darbiete, ohne mit weit abseits liegenden Nebenwegen verknüpft zu sein. Selbst wenn alle vorliegenden konservativen Anträge zum Entwurf, was ja völlig ausgeschlossen ist, angenommen würden, bliebe immer noch soviel von der liberal-konservativen Verbesserungssocietät aus der Kommission bestehen, daß der Entwurf mehr eine Gefahr für geistige Freiheit und das Wollen religiöser Duldung wäre, als eine Verstärkung der Widerstandsmittel für die Staatsgewalt zur Abwehr gewaltthätiger Unterwerfungsversuche an den Fundamenten von Staat und Gesellschaft. Es versteht sich, daß die national-liberale Fraktion an den einzelnen Bestimmungen in der zweiten Lesung mit dem Bestreben theilnimmt, überall das kleinere Übel an Stelle des größeren zu setzen; auch daß sie ihren Widerspruch gegen die Liberalisierung der einzelnen Paragraphen durch Eventualanträge von Fall zu Fall zum Ausdruck bringt. Doch wird sich ja bald genug ergeben, daß es sich auch bei den Anträgen aller anderen Parteien nur noch um die Markierung des eigenen Standpunktes, in keiner Weise aber um ein auf Erfolg berechnetes Vorgehen handelt. Die Vor-

lage muß für jetzt überhaupt als gescheitert betrachtet werden, denn auch die konservativ-liberale Mehrheit ist ja inzwischen wieder zerfallen. Eben aus diesem Grunde läßt sich aber auch einem frühzeitigen Abbruch der zweiten Lesung und damit der Beratungen überhaupt entgegensehen.“

Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat im Einvernehmen mit dem Finanzminister und dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten die Anordnung getroffen, daß die Vorprüfung und Begutachtung der Gesuche um Bewilligung einer Staatsbeihilfe aus dem Fonds von 5 Millionen Mark zur Beförderung des Kleinbahnwesens (Gesetz vom 8. April 1885, G.-G. S. 91 ff.) in den einzelnen Provinzen von den Oberpräsidenten bewirkt werden soll, weil diese in unmittelbarer Verbindung mit den Provinzialverwaltungen stehen, deren Stellung zu der Frage der Unterstützungswürdigkeit und Unterstützungsberechtigung des Bahnunternehmens für die Beschaffung über die Gewährung einer Staatsbeihilfe von wesentlicher Bedeutung ist. Dabei ist darauf hingewiesen worden, daß für die Prüfung und Berichterstattung besonders folgende Punkte zu beachten sind:

1. Der 5 Millionen-Fonds ist ausschließlich zur Förderung von Kleinbahnunternehmungen bestimmt. Es muß daher im Einzelfalle stets eine Entscheidung getroffen sein, daß ein Unternehmen als Kleinbahn anzusehen ist, und bei dessen Genehmigung die Bestimmungen des Kleinbahngesetzes vom 28. Juli 1882 anzuwenden sind, ehe die Frage einer finanziellen Beihilfe des Staates erörtert werden kann. 2. Voraussetzung für die Unterstützung mit Staatsmitteln ist ferner, daß die Bahn dem öffentlichen Interesse, insbesondere dem Verkehrsinteresse entspricht. Ob dies der Fall ist, wird nach Lage des einzelnen Falles, insbesondere nach dem Verkehrsbedürfnis der Gegend und dem Maße und der Art der Befriedigung desselben durch die geplante Bahn zu entscheiden sein. 3. Wie das öffentliche Interesse, so ist auch die Wirtschaftlichkeit eines Bahnunternehmens die Voraussetzung für die Anerkennung seiner Unterstützungswürdigkeit; die Kosten müssen in einem richtigen Verhältnis zu dem zu erwartenden wirtschaftlichen Nutzen stehen. Dies wird in der Regel nur dann anzuerkennen sein, wenn wenigstens nach Überwindung der ersten Schwierigkeiten die Verkehrseinnahmen nicht nur die Deckung der Betriebsausgaben, sondern auch eine wenigstens nur mäßige Rente für das Anlagekapital in Aussicht stellen. Sofern gewerbemäßige Unternehmen beihilft sind, wird ein Kleinbahnunternehmen nur dann als unterstützungswürdig anzusehen sein, wenn die Vorteile, welche jenen Unternehmen zufließen, in richtigem Verhältnis zu ihren Leistungen stehen und nicht den Charakter einer Uebervertheilung der übrigen Bevölkerung haben. 4. Der Staat kann nur da mit seinen Mitteln eintreten, wo ohne seine Beihilfe das Unternehmen nicht zu Stande kommen würde, also Leistungsfähigkeit der Unternehmer zur vollständigen Ausführung der durch Vorleistungen der zunächst beteiligten und Beihilfen höherer Kommunalverbände nicht gedeckten Kosten der Anlage vorliegt. 5. Mit Rücksicht auf den Grundbesitz, daß bei solchen Unternehmungen von vorwiegend örtlicher Bedeutung zunächst die höheren Kommunalverbände des betreffenden Landesbezirks (Kreis, Provinzial- und Kommunalverband) auszusprechen haben, ist davon auszugehen, daß der Staat nur dann Hilfe leisten kann, wenn Kreis und Provinz (Kommunalverband), ausnahmsweise wenigstens einer von beiden, und wenn Kreise Unternehmer der Bahn sind, die Provinz (Kommunalverband) zunächst das ihrige gethan oder entsprechende Beschlüsse gefaßt haben. 6. Aus demselben Grunde wird an einer entsprechenden Vorleistung der Gesamtheit der zunächst beteiligten und zwar in der Regel an der unentgeltlichen Hergabe des Grund und Bodens oder der Kosten des Grundverwerbs a fonds perdu oder einer gleichwertigen Pauschsumme festzuhalten sein. 7. Die Höhe der Staatsbeihilfe wird nach der Unterstützungswürdigkeit und Bedürftigkeit des Unternehmens im einzelnen Falle zu bemessen sein; sie wird im angemessenen Verhältnis zu den Leistungen der höheren Kommunalverbände stehen müssen. 8. Die Form der Zins- oder Ertragsgarantie ist auszusprechen; auch die Gewährung von Darlehen wird nur da stattfinden können, wo besondere Gründe gerade für diese Form der Beihilfen sprechen. In den meisten Fällen wird die Beihilfe des Staates an dem Unternehmen mit Gleichberechtigung mit den anderen Zeichnern der Anlagekapitale in Aussicht zu nehmen sein. Die Gewährung der Beihilfe a fonds perdu wird nur in ganz besonderen Fällen und auch dann nur in mäßigen Beträgen in Aussicht zu nehmen sein. 9. Die Zahlung der staatlichen Beihilfe wird von dem Nachweise abhängig zu machen sein, daß die Beschaffung des im Uebrigen erforderlichen Anlagekapitals und des Grund und Bodens seitens leistungsfähiger Personen oder Korporationen in rechtsverbindlicher Weise sicher gestellt ist.

Kiel, 7. Mai. Nach dem soeben veröffentlichten Vorgehen werden achtzig große Kriegsschiffe im Kieler Hafen sich versammeln, die vom inneren Hafen an über die Kanalmitte hinaus bis zur Feste Friedrichsort vor Anker liegen. Die frühere Annahme, daß die deutschen Schiffe im inneren und die fremden Schiffe im äußeren Hafen anker würden, ist unzutreffend. Deutsche und fremde Schiffe werden in bunter Gemisch neben einander liegen. Sechs deutsche Panzer und Kreuzer eröffnen die Reihe; es schließen sich ihnen die dänischen und amerikanischen Geschwader an. Alsdann folgen fünf deutsche Panzer und Aviso neben der städtischen Torpedoflotte. Zwischen Belleue und der Kanalmitte bei Holtenau anker dann im breiteren Fahrwasser vier deutsche Panzer, sämtliche zehn englischen Schiffe, der portugiesische „Vasco da Gama“, sowie die französischen Panzer „Dupuy de Lôme“ und „Hoche“ und der Kreuzer „Cosmos“. Vor der Kanalmitte liegen die Kaiserliche „Hohenzollern“ und der Aviso „Kaiserlicher“. Seewärts von diesen, zwischen der Kanalmitte und Friedrichsort, werden fünf Reizen von Bojen angelegt. Zu den ersten beiden Reizen von der schleswigschen Küste aus anker die russischen, schwedisch-norwegischen, spanischen und niederländischen und in der mittleren Reihe sieben italienische Schiffe. Die vierte Reihe besteht aus dem österreichischen Geschwader und vier deutschen Kreuzern. Die fünfte Reihe bilden zwei italienische Kreuzer, die rumänischen Schiffe und der türkische Kreuzer „Seyd-i Numar“.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 7. Mai. Die Liberalen inszenieren ein förmliches Kesseltreiben gegen den Grafen Kalnoky. Der gestrige Interpellation im österreichischen Abgeordnetenhaus ist heute eine weitere gefolgt. Dipauli und Belcredi, die Beider der Koalition angehören, erklärten in dieser Interpellation, Kalnoky's Note gegen den Runtis Aglaridi erzeuge Befremden und peinliche Empfindungen.

Ueberaus scharf geht die antiliberalistische Presse gegen Kalnoky los. „Vaterland“, das Organ Hohenzollerns, sagt, die herbe Zurechtweisung in dem bekannten Kommuniqué der Politischen Korrespondenz finde namentlich nicht bloß auf Banffy Anwendung.

Wien, 7. Mai. Bei der heutigen Eröffnung zum Reichsrath im dritten Bezirk wurde Steiner (Antifeminist) gegen den Deutschliberalen Reiz mit großer Majorität gewählt.

Peft, 7. Mai. Hier ist eine abermalige Gährung eingetreten. Das schmeichehafte Handschreiben des Kaisers an den Grafen Kalnoky rief vielfach den Eindruck hervor, daß dadurch Banffy's Erfolg paralysirt erscheine, und daß die Krone das Verhalten Kalnoky's in dem jüngsten Konflikt gutheisse. Mehrere Blätter fordern rühmend die Entlassung Kalnoky's. Offiziell wird erklärt, eine eventuelle Aktion beim Kaiser müsse noch vor dem Zusammentritt der Delegationen stattfinden. Auch im Unterhaus werden neue Stürme erwartet.

Frankreich.

Paris, 6. Mai. Die außerparlamentarische Marinekommission, welche vor 15 Monaten eingesetzt wurde und seitdem ihre Arbeiten von amore betrieben hat, ohne daß sich irgend Jemand für die etwaigen Resultate dieser Arbeiten interessiert hätte, ist soeben von ihrem Aussitze nach Korsika zurückgekehrt, wohin sie sich behufs Prüfung der dortigen Verteidigungsanstalten begeben hatte. Sie hat, das versteht sich von selbst, „einen ausgezeichneten Eindruck gewonnen und sehr große Hoffnungen in die Lage der dortigen Verhältnisse“. So wenigstens versichern die regierungsfreundlichen Blätter, die bekanntlich die Dinge stets im rosigen Lichte sehen. Es geht dem unangenehmen Beobachter mit Korsika jedoch kaum anders als mit Tonkin oder mit Algerien: in regelmäßigen oder auch in unregelmäßigen Zwischenräumen hört man das Lob der dortigen Zustände in allen Tonarten singen, aber zwischen hindurch erzählt man von neuen und unerhörten Raubzügen der Piraten, von Ausfällen der längst „pazifisirten“ Bevölkerung und verglichenen Annehmlichkeiten mehr, jedoch der Glaube an die Zuverlässigkeit der offiziellen Vorkämpfe allmählich erschüttert wird. Wie mit Tonkin, so steht es auch — mutatis mutandis — mit Korsika. Die Insel gehört zwar schon seit vier oder fünf Generationen zu Frankreich; man vertritt die Theorie, daß die glühendste französische Patriot, den man sich denken könne, aber nichtsdestoweniger scheint das Land kaum mehr pazifizirt zu sein, als der äußerste Osten oder Algerien. Von den erblichen juristischen und administrativen Zuständen der Insel, welche vor ein paar Wochen im Senat zur Sprache kamen und die vielleicht noch die Kammer beschäftigen werden, werde ich Ihnen später einmal eine ausführliche Darstellung geben; heute sei nur kurz auf ein Vorkommen erinnert, von dem die Blätter in den letzten Tagen berichtet, und das ohne Ueberhebung an tonkinensische oder madagassische Zustände gemahnt. Vor ein paar Tagen trafen zwei korsische Banditen in der Gegend von Fiamorbo einen Genarm, der mit der Ueberwachung des Distrikts betraut war; ohne sich lange mit Parlamentiren aufzuhalten, schossen sie den Wächter des Gebietes nieder und setzten dann ihren Weg wohlgerührt fort. Nach einer Weile begegneten sie zwei anderen Banditen und, „ohne das man recht weiß, warum“, wie der Ausdruck in dem offiziellen Bericht lautet, begann unter den beiden Parteien ein Feuergefecht, das mit der Tödtung dreier von den vier Kombattanten endete. Der einzige Ueberlebende wird wohl man es eines Gegners in seine heimischen Wälder zurückgeführt sein, falls er es nicht etwa vorgezogen hat, Hand an sich selbst zu legen. Derartige Vorkommnisse sind so häufig auf der Insel, daß die Blätter der Landeshauptstadt sich einfach damit begnügen, die Vorfälle zu registriren, von einer Untersuchung der Geschehnisse oder gar einer Verfolgung der Uebelthäter ist kaum die Rede. Und in der That muß ein korsischer Bandit ganz besonders Feh haben, wenn er nach dem zehnten oder zwölften Vorbe in die Hände der Justiz fällt. Herr Emmanuel Arène, ein geborener Korsier, drückt ab und zu eine ganze Zeit sein „unabhängiges“ Vaterland, von dem er behauptet, es werde von den eigentlichen Franzosen verläumdet. Dies thut er auch heute wieder im „Matin“, und um die eigenthümlichen, etwas rauhen Sitten der Korser in weniger deutlichen Worten zu lassen, ergibt er sich des breiten über die Vertheidigungslage der Insel und flagt die Zentralregierung der straflichen Sorglosigkeit an. Die Thatfachen, welche er anführt, stecken im direkten Widerspruch zu den Versicherungen der Offizien, und wenn die ersten wahr sind, so muß es wirklich nicht sehr gut um die Sicherheit der Insel bestellt sein. Eine Eisenbahn wurde zu freigelegten Zeiten projektiert, und am Ende des vorigen Jahres war man glücklich bis zur Hälfte mit ihr fertig geworden. Man hatte den Bau an beiden Endpunkten begonnen. Das in der Mitte gelegene Stück mußte aber bis zum Dezember 1894 noch in der Disposition zurückgelegt werden. Auch eine strategische Bahn, welche die Küste der Insel von Bonifacio bis Bastia einnehmen soll, ist erst halb fertig, und die Postdampfer legen nur 13 Knoten zurück, so daß sich der Truppenbeförderung wie der Nachrichten dienst im Kriegsalle in einem lästigen Zustande befindet. Ob und inwieweit diese Anschuldigungen gegen die Regierung gerechtfertigt sind, wird vielleicht einmal in den Kammerverhandlungen zu Tage treten.

Paris, 7. Mai. Im Ministerrathe theilte heute der Kriegsminister General Lurdeon eine Drathmeldung des General Dugene aus Vajungo an Maragassien mit, welche die vollstehende Errichtung des Sanatoriums von Kosi-Kumba meldet, das gegen den 20. Mai benutzbar wird. Der General meldet ferner, daß der Aufbruch bis Vajungo frei ist. Die Truppen treffen in gutem Zustande ein und gehen nach zwei Tagen weiter nach Maragassien. In den Lagern und auf den Booten in der Gesundheitszustand gut. Die Verluste an Thieren auf dem Marsche waren sehr gering. Im Ministerrathe wurde ferner der Ge-

sehtenwurf betreffend die Reform der Getränkebesteuerung festgestellt. Der Entwurf bestimmt die Abschaffung des Privilegiums der Landweibrenner. Die Branntweinsteuer soll auf 175 Franken für das Hektoliter gebracht werden und der Steuernachlaß für hygienische Getränke mehr als 80 Millionen Franken betragen. Die verschiedenen Besteuerungen sollen abgeschafft und durch eine einzige Verbrauchssteuer ersetzt werden. Ferner sollen die Alkoholverbände auf hygienische Getränke ermäßigt werden.

Paris, 7. Mai. Die Frankreichs befriedigende Antwortnote Japans erfolgte, hiesigen Blättern zufolge, erst nachdem die drei Mächte dem Mikado ein förmliches Ultimatum überreichten.

Die Meldung des „Evenement“ vom gemeinsamen Besuch der russischen und französischen Flotte in Kopenhagen nach den Kieler Festlichkeiten ist erfunden.

Italien.

Nach einer der „Pol. Corr.“ aus Rom ausgehenden Meldung hat der Papst dieser Tage beim Empfang mehrerer Katholiken angekündigt, daß er demnächst ein Schreiben über die soziale Frage veröffentlichen werde, worin die gegenseitigen Pflichten der Arbeitgeber und der Arbeiter klar dargelegt werden sollen. Das Schreiben wird auch die christlich-soziale Bewegung beleuchten.

Rom, 7. Mai. Alle liberalen Blätter äußern sich über die Lösung des Zwistes Kalnoky-Banffy hochbefriedigt. „Riforma“ sagt: „Wir sind erfreut, daß die Leitung der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns in den Händen des Grafen Kalnoky bleibt, der stets wahre Friedensliebe und Freundschaft für unser Land bewiesen hat, daß der ungarischen Nation, die uns durch Freundschaft und Zuneigung eng verbunden ist, Erschlatterungen erspart bleiben und daß die liberalen Reformen gefördert sind, die der Fortschritt und die moderne Gesellschaft erheischen.“

Minister Saracco widerspricht in Turin lebhaft den Gerüchten von angeblichen Meinungsverschiedenheiten im Kabinett, sowie den Anklagen über Verfassungsverletzung.

Ant. Medunaga aus Kairo berichtet in Omdurman gedruckte Stimmung, die Mahdisten leiden Mangel an Feuerstoffen und Schießbedarf. Der Papst ließ heute den Kardinal Hohenlohe, der kürzlich zur Tafel geladen war und freundschaftliche Erklärungen mit ihm austauschte, zu einer Unterredung bitten.

Rom, 7. Mai. Den Abendblättern zufolge hat der König nunmehr das Dekret unterzeichnet, durch welches die Kammer aufgelöst wird. Die Wahlen sind auf den 26. Mai, die Stichwahlen auf den 2. Juni festgesetzt. Die neue Kammer wird am 8. Juni zusammentreten.

Großbritannien und Irland.

London, 7. Mai. Heute Abend fand in der dichtgedrängten St. James-Halle eine großartige Kundgebung zur Formulierung des nationalen Protestes gegen Verfolgung der armenischen Christen statt. Der Herzog von Argyll führte den Vorzug. Zahlreiche Lords, Abgeordnete, Geistliche aller Konfessionen, Abgeordnete aus allen Theilen Großbritanniens wohnten der Kundgebung bei. Stürmischer Beifall erregte ein zur Verlesung gelangtes Schreiben Gladstones, welches sagt, die für Verfolgung der armenischen Christen beigegebenen Beweise seien klar genug, um direkte Worte und Thaten zu rechtfertigen. Durch türkische Reformversprechungen, die gänzlich wertlos seien, dürfe man sich nicht zum Aufgeben des nützlichen Vorgehens verleiten lassen. Unter den Rednern befanden sich außer dem Vorsitzenden die Bischöfe von Hereford und Kanonikus Macool, der Lordmayor von Liverpool, der Oberbürgermeister von Edinburgh, die Abgeordneten Stevenson, Kennan, Stowell und Lady Denny Somerset. Sämtliche Redner betonten die Nothwendigkeit, der langjährigen barbarischen Misshandlung in türkischen Armenien endlich ein Ende zu setzen. Die gefaßten Beschlüsse drückten Entschlossenheit über die beständige Verletzung der humanitären Grundzüge und die Misshandlung der in Gemäßheit des Artikels 61 des Berliner Vertrages abgeschlossenen englisch-türkischen Konvention von 1878 übernommenen Verpflichtungen seitens der Türkei aus. Die britische Regierung wird aufgefordert, sofort Schritte zu ergreifen, um der Misshandlung in Armenien ein Ziel zu setzen, auf Einführung angemessener und dauernder Reformen unter beständiger europäischer Aufsicht zu bestehen, sowie die sofortige bedingungslose „Freilassung“ der in türkischen Gefängnissen und Festungen ohne vorherige Prozesse oder nach Scheinprozessen eingekerkerten Geistlichen, Bischöfe, Priester, Pastoren, Schullehrer und anderer Armenier herbeizuführen.

London, 7. Mai. Unterhaus. Der Parlamentsuntersekreter des Auswärtigen Grech theilt mit, daß der englische Admiral Corinto verlaßen habe, nachdem er ein Schreiben der Regierung von Nicaragua erhalten, worin unter Gewährleistung der Regierung von San Salvador versprochen wird, die Entschädigung in London innerhalb 14 Tagen zu zahlen; ferner seien in dem Schreiben die anderen Bedingungen des englischen Ultimatus angenommen. Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte Grech, er könne den bereits veröffentlichten Nachrichten über das Abkommen Japans mit den Interventionsmächten nichts hinzuzufügen.

Rußland.

Petersburg, 7. Mai. Die Vertreter Rußlands, Deutschlands und Frankreichs unterhandeln in Tokio über die Entschädigung, die Japan für seine Verzichtleistung auf chinesisches Festland geboten werden soll. Japan fordert außer der Erhöhung der Kriegsentchädigung die Deckung des chinesischen Innenlandes für den internationalen Handel.

Serbien.

Belgrad, 7. Mai. Die Slupschina bewilligte heute die Apanage für den König Milan in der Höhe von 360 000 Dinar, zahlbar von der Gültigkeit des Apanagegesetzes ab. Das neue Pressegesetz wurde mit einigen Gleichsetzungen angenommen. Die Tagesblätter müssen 5000 Dinar Kautions leisten. Dadurch werden die kleinen, meist radikalen Blätter betroffen. Die Slupschina wählte 40 Abgeordnete zur Begrüßung der Königin Natalie. König Alexander empfing zur Veranlassung über die politische und finanzielle Lage hierher Stefan Novakowitsch, Michael Witsch und Wladimir Jovanowitsch (liberal).

Annahme von Inzeraten Kohnmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstien & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Noodbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Türkei.

Konstantinopel, 4. Mai. Die Nachricht, daß eine Anzahl hervorragender Bosnier dem Sultan neuerdings eine Beschwerdeschrift überreicht hat und daß der hiesige 1. und 2. Hofschäfer Vorstellungen bei der Pforte dagegen gemacht, und daß der Sultan diese Schrift angenommen hat, bedarf einer theilweisen Berichtigung. Es ist wohl richtig, daß diese Bosnier, die, wie an dieser Stelle gemeldet wurde, vor etwa zwei Monaten dem Sultan ein Memorandum überreicht haben, am 26. v. M. neuerdings eine Denkschrift in Hülfs übergeben und zwar hauptsächlich deshalb, weil sie bis jetzt auf das erste Memorandum keinerlei Antwort erhalten haben. Unrichtig ist es jedoch, daß die Beschwerdeführer hervorragende Bosnier sind. Es sind durchgehends hier lebende Auswanderer. Einige haben zwar in Bosnien größeren oder kleineren Grundbesitz, beinahe alle sind jedoch in Folge verschiedener Vergehen bei der österreichischen Verwaltung derart belästigt, daß sie nicht nach Bosnien zurückkehren dürfen. Unrichtig ist es ferner, daß von Seiten der österreichisch-ungarischen Hofschäfer gegen die Annahme der Beschwerdeschrift irgend welche Schritte bei der Pforte gemacht wurden. Bosnische Angelegenheiten sind überhaupt zwischen den beiden Mächten schon seit langer Zeit auf dem diplomatischen Wege gar nicht verhandelt worden. Man scheint von beiden Seiten geradezu jede Begegnung zu meiden, in der bosnische Angelegenheiten berührt werden müßten. Dem blühenden Zustande, in dem sich die beiden Provinzen unter der österreichischen Verwaltung befinden, joht man türkischerseits Anerkennung. Da sich darin etwas Neid und Aergerniß nicht, ist natürlich, da sich ja der türkischen Bevölkerung auf dem westlichen Theile der Balkanhalbinsel unwillkürlich Vergleiche zwischen der vorzüglichen und gerechten Verwaltung in Bosnien und Herzegowina und der türkischen Misshandlung in einigen Vilajets Albaniens und Makedoniens aufdrängen. Daß die Türken im Geheimen die Hoffnungen der bosnischen Emigranten nähren, ist zweifellos, äußerlich war und ist aber die Haltung der Pforte in dieser Angelegenheit sehr korrekt.

Der entscheidende Sitz Deliamis' bei den Kammerwahlen in Griechenland hat in hiesigen politischen Kreisen zweifellos größeren Eindruck hervorgerufen, als in irgend einer anderen europäischen Hauptstadt. Die Türkei ist eben der einzige Nachbarstaat Griechenlands und befürchtet, daß das abermalige Regiment Deliamis das schwer gepörrte Land zu äußeren Verwicklungen bringen könnte. Man erinnert sich auch daran, daß im Vorjahre in einem kritischen Augenblick König Georg den Ausspruch gethan haben soll: im Falle der Volkswahl für Deliamis entscheiden sollte, er sich veranlaßt sehen würde, das Land zu verlassen. Man befürchtet nun, daß dieser königliche Entschluß baldigst zur Ausführung gebracht wird.

Die albanesischen Komitees treffen Vorbereitungen zur Gründung von nationalen Schulen an verschiedenen Punkten Makedoniens. In Pogradetz (am Dörba-See) befindet sich bereits eine solche Schule, die von geistlichen und mohamedanischen Albanesen benutzt wird.

Amerika.

Buenos-Ayres, 7. Mai. (Meldung des „Reuter'schen Bureau's“.) Der frühere Finanzminister Pacheco begibt sich im Auftrage der argentinischen Regierung in einer finanziellen Mission nach Europa.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 8. Mai. Das XII. Verzeichniß der bei dem Reichstage eingegangenen Petitionen enthält die folgenden aus Pommern: Eigenhümer Hermann Radde zu Rastow bei Wollow (Bezirk Köslin) bittet um Gewährung einer Unschuldskarte an seine Frau; der Stettiner Gewerbeverein bittet um Abänderung des Gesetzes über die Wirtschaftsgesellschaften (Verbot des Verkaufs von Waaren an Nichtmitglieder, Verbot von Baarzahlungen u. c.); der Vorstand des Hofstoffs-magazin-Konsumvereins — E. G. m. b. H. — zu Dramburg und Genossen petitionirt betreffs der Einschränkung des Geschäftsbetriebes der Konsumvereine; Kaufmann Wendler und Genossen zu Kolbergermünde betreffs Bekämpfung des unlauteren Wettbetriebes; Wehrmann Heinrich Volzin zu Wiltow bittet um Gewährung von Militär-Unschuldskarten; um Abhebung des Gesekentwurfs betreffend Venderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs, des Militär-Strafgesetzbuchs und des Gesetzes über die Presse bitten: der Vorstand des liberalen Wahlvereins zu Stettin, Prof. Dr. F. Susemihl zu Greifswald im Namen einer Verammlung, und außerdem Petenten aus Anklam, Bhrig, Greifswald, Palowall, Regenwalde, Stolp, Zorgekow; Petenten aus Greifswald bitten denjenigen Theil des Gesekentwurfes, betreffend Venderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs, welcher der theorettischen Erörterung gemeiner Probleme oder deren künstlicher Behandlung gewisse Schranken setzt, insbesondere den zweiten Absatz des § 130 des Entwurfs abzulehnen; von Salbern-Brallenthin, Präsident der Pommer'schen ökonomischen Gesellschaft, und Genossen zu Brallenthin petitionirt betreffs gene-reller Revision der Gesetze, die die Festhaltung an der jetzigen Konstitution bis zum Ablauf derselben; die Vorsteher der Kaufmannschaft zu Stettin bitten um Abhebung des Gesekentwurfes wegen Abänderung des Branntweinsteuergesetzes.

In vorgangener Nacht gegen 3 Uhr wurde die Feuerweh nach der Körnerstraße gerufen, woselbst der Bauzaun am Neubau der Artillerie-Kaserne in Brand gerathen war. Die Unterdrückung des Feuers gelang sehr schnell.

Ein Freund von exotischen Gewächsen scheint ein Dieb zu sein, der vorgestern Nacht von dem Hofe Auguststraße 3 eine Palme mit Topf entwendete, sollte seine Persönlichkeit entdeckt werden, so dürfte er nicht lange ungestraft „unter Palmen wandeln“.

Die königliche Polizei-Direktion hatte es gefastet, daß die Vorstellungen auf dem Festplatz zu Altona zum Festen der Ferienlo-nien am einen Tag verlängert wurden. Herr Affe hat nunmehr den Reinertrag dieses Tages im Betrage von 86 Mark 90 Pf. an das Komitee abgeliefert. Es sind dadurch die Mittel geschaffen worden, 2 frische Kinder 4 Wochen hindurch versorgen zu können. Hoffentlich werden noch mehrere Veranlassungen getroffen werden, um den Ferienkolonien Mittel zuzuführen.

